76. Jahrgang. Nr. 191

Sonnabend, 23. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprech-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1 maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Zeilenabschlag II. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1005 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Polnisches Gymnasium in Beuthen

Ein „Bollwerk" gegen Deutschland

Berlin, 22. April. (Eig. Drahtbericht.) **In der polnischen Presse werden Meldungen wiedergegeben, in denen mit großer Genugtuung darauf verwiesen wird, daß demnächst in Beuthen das erste polnische Gymnasium in Deutschland eröffnet werden wird. Die polnischen Blätter nennen die Entstehung dieses Gymnasiums einen Wendepunkt in der Geschichte der in Deutschland lebenden Polen. Das Beuthener Gymnasium werde ein fester Mittelpunkt der nationalen polnischen Kultur sein und im Kampfe der Polen um ihre nationale Existenz eine große Rolle spielen.**

Zu diesen triumphierenden Auslassungen schreibt das deutsche „Posener Tageblatt": „Wie ungünstig für die Befriedung deutscher Schulbelange in Polen muß hier ein Vergleich mit der Tatsache der Schaffung eines polnischen Vollgymnasiums in Beuthen ausfallen. In Deutschland schafft man Erziehungsstätten für Polen in immer weiterem Umfange, während man in Polen sich nicht einmal dazu entschließen kann, den Deutschen bereits bestehende Schulen zu belassen. Wir denken hier in erster Linie an den neuesten Fall aus dem traurigen Kapitel der Schulpolitik, an das Gymnasium in Dirschau, dessen Angelegenheit sich allmählich zu einer wahren Tragödie entwickelt hat."

Man darf es der deutschen Presse in Polen nicht verübeln, daß sie den Gefühlen, die die Meldungen über die Schaffung eines polnischen Gymnasiums auf deutschem Gebiet auslösen müssen, keinen stärkeren Ausdruck gibt. Täte sie das, so wäre sie den schlimmsten Schikanen von seiten der polnischen Regierung ausgesetzt. Es ist daher Pflicht der im Reichsgebiet erscheinenden Presse, einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß es

jeder Deutsche als völlig unverständlich ansehen muß, daß man in einer doch schließlich unter deutscher Regierungsgewalt stehenden Stadt die Schaffung eines Gymnasiums zuläßt, das die Polen ganz offen als ein Bollwerk im Kampfe gegen das Deutschtum bezeichnen.

Gerade angesichts des Verhaltens, mit dem die polnischen Behörden den deutschen Schulen in Polen begegnet sind, muß man es als geradezu unglaublich bezeichnen, daß die deutschen Behörden — es handelt sich hier leider in erster Linie um preußische Behörden — so gar kein Verständnis für die Lage der in Polen lebenden Deutschen aufzubringen vermögen, die sich verraten und verkauft vorkommen müssen, wenn sie in der polnischen Presse jetzt derart triumphierende Meldungen lesen müssen.

Hoffnungen und ihre Voraussetzung

Der Frühling bringt nicht nur das Erwachen der Natur, er bringt auch trotz anhaltender Krise unserem Wirtschaftsleben eine immerhin spürbare Erleichterung. Die Saisonberufe nehmen ihre Arbeit wieder auf, die Arbeitslosigkeit geht seit vielen Monaten wieder langsam zurück, und seit Beginn der Krise knüpft sich an den Frühling immer wieder die Hoffnung, der jahreszeitliche Aufschwung möge sich in einen dauernden umsetzen. Freilich haben sich diese Wünsche bisher als eitel erwiesen. In diesem Frühjahr läßt die jahreszeitliche Entlastung sogar zu wünschen übrig, aber das ist in erster Linie wohl der allzu langen Ausdehnung des Nachwinters zuzuschreiben. Trotzdem beleben auch in diesem Jahre Hoffnungen die unter dem Druck der Krise stehenden Gemüter. Man spricht davon, daß im Laufe dieses Jahres, und zwar vom Herbst ab, die Konjunktur sich wieder auf dauernd aufsteigender Linie bewegen soll. Insbesondere verspricht man sich eine wirtschaftliche Belebung von der Ankurbelung der Wirtschaft, die die angelsächsischen Länder gegenwärtig mit großer Beharrlichkeit erstreben. Dabei ist nicht zu leugnen, daß die Engländer bereits jetzt eine fühlbare Erleichterung zu verzeichnen haben. Seit 1921 soll es nach amtlichen Verlautbarungen der englischen Industrie nicht mehr so gut gegangen sein wie jetzt. Aber das besondere Glück der Engländer ist leider gegenwärtig das Unglück der anderen Industriestaaten. Denn es beruht auf einer radikalen Absperrung des Landes von fremden Erzeugnissen, auf der Abkehr vom Freihandel, von Europa und von der Goldwährung. Es bedeutet für Deutschland den Verlust seines besten Kunden. Eine Erscheinung, die für uns eigentlich nur insofern positive Bedeutung hat, als sie uns zwingt, dem zugunsten des Exports vernachlässigten Binnenmarkt auch unserseits etwas mehr als die bisherige stiefmütterliche Liebe zuzuwenden. Die Amerikaner bemühen sich gleichfalls eifrig um eine Belebung ihrer Wirtschaft. Die Ausweitung des Kreditvolumens durch die sogenannte „Redeflation" ist die Hoffnung insbesondere des Präsidenten Hoover, für den von einem Gelingen dieser Versuche bekanntlich die Wiederwahl im November abhängt. Allerdings ließ sich bisher auch hier ein Erfolg nicht erzielen, obwohl es an optimistischen Prophezeiungen nicht gefehlt hat. Es scheint freilich so, als ob erst die neuerdings an Schärfe zunehmende Vertrauenskrise überwunden werden muß, die verursacht wurde durch den Zusammenbruch riesiger Spekulationskonzerne, die aus der auf wildestem Optimismus gegründeten Nachkriegsblüte stammen. Kreuger war nur ein Anfang. Ihm folgte der Zusammenbruch des amerikanischen Insullkonzerns, und hartnäckige Gerüchte, die nicht verstummen wollen, sprechen von Schwierigkeiten eines Welt-Erdölkonzerns. Erst müssen die materiellen und ideellen Verluste aus diesen Zusammenbrüchen überwunden sein, ehe man also auf einen Erfolg des amerikanischen Kampfes gegen die Krise rechnen kann.

Aber hinzu muß ein Zweites kommen: die Erkenntnis, daß die Weltwirtschaftskrise niemals ein so gefährliches Ausmaß hätte annehmen können, wenn nicht nach Abschluß des Weltkrieges Frankreich einen Finanzkrieg entfesselt hätte, bei dem namentlich seit 1927 in wachsendem Maße Tribute, Kriegsschulden, Anleihen, Kredite, Goldabzüge und Hortungen die Rolle der modernen Kampfmittel übernommen hätten. Dieser Krieg, ursprünglich zur wirtschaftlichen Niederhaltung Deutschlands geführt, hat sich in wachsendem Maße gegen alle übrigen Länder der Welt, namentlich auch gegen die angelsächsischen, gewandt. Seine Opfer sind die Millionen von Erwerbslosen, sein verwüstetes Gebiet die stillgelegten Fabriken und die unverkäuflichen Warenstapel, die vernichtet werden müssen, obwohl überall Not herrscht, die gesperrten Schalter zahlungsunfähiger Banken und die beispiellos gesenkte Lebenshaltung aller Völker und Stände. Alle Abrüstungskonferenzen, alle Niewiederkriegspakte sind sinnlos, solange es nicht gelingt, eine Einheitsfront aller Staaten gegen dasjenige Land zu schließen, das durch seinen Finanzkrieg zur Niederhaltung Deutschlands die Hauptschuld an der Wirtschaftskatastrophe des Jahres 1931 trägt. Heute dämmert es überall, und am klarsten wird es von italienischer und englischer Seite ausgesprochen: die französische Reparationspolitik hat die finanzielle Gesundung Europas verhindert, die französische Goldhortungspolitik den Absturz der Warenpreise, den Hauptanlaß des Niederganges verschuldet, und Frankreich hat durch seine Weigerung, mit den anderen Völkern zusammenzuarbeiten, den Umschlag einer Depression in eine heftige Krise auf dem Gewissen. Diese Weigerung ist noch heute das wesentliche Hindernis einer Gesundung.

Mussolini hat erst dieser Tage gegenüber einem deutschen Großindustriellen betont, daß die Zeit reif sei für die Entscheidung Europas, ob es den Aufbau nach den Gesetzen wirtschaftlicher Vernunft, oder das drohende Chaos durch politische Machtdiktate wolle. Italien habe sich entschieden für wirtschaftliche Vernunft, Abrüstung sowie Schulden- und Reparationsstreichung. Und der englische Finanzsachverständige Paul Einzig erklärt, es sei entscheidend

Ernster russisch-japanischer Zwischenfall

Verhaftung eines russischen Vorstandes der ostchinesischen Eisenbahn

Tokio, 22. April. Reuter meldet aus Charbin, daß die japanischen Militärbehörden den Bahnhofsvorstand von Imenpo (östlicher Abschnitt der ostchinesischen Eisenbahn), Greskovsky, festgenommen haben. Es sollen schlüssige Beweise dafür vorliegen, daß Greskovsky mit Insurgenten geheime Beziehungen unterhalten habe. Die russischen Behörden haben die Freilassung des Festgenommenen gefordert.

Japan verbietet!

Die chinesischen Begleiter der Völkerbundskommission dürfen die Mandschurei nicht betreten

Tokio, 22. April. Die mandschurische Regierung soll beschlossen haben, Wellington Koo und die anderen chinesischen Begleiter der Untersuchungskommission des Völkerbundes anzuhalten, falls sie die südmandschurische Eisenbahnzone verlassen sollten. Wie weiter verlautet, beabsichtigt die mandschurische Regierung diejenigen, die die Souveränitätsrechte der Mandschurei verletzen und den Frieden und die Ordnung stören sollten, streng zu bestrafen.

*

Der Völkerbundsausschuß in Mukden. Aus Charbin wird gemeldet: Der Mandschurei-Ausschuß des Völkerbundes ist in Mukden eingetroffen.

Erneute schwere Kämpfe in der Mandschurei

Tokio, 22. April. Schwere Kämpfe sind wiederum zwischen japanischen Truppen und chinesischen Streitkräften, die sich gegen die neue Regierung in der Mandschurei wenden, östlich von Imenpo ausgebrochen. Die japanischen Truppen sollen sich in einer sehr schwierigen Lage befinden, da ihre Gegner die Eisenbahnlinie in ihrem Rücken zerstören und den Rückzug abgeschnitten haben.

Reichstag voraussichtlich am 6. Mai

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. April. Am nächsten Dienstag tritt, wie bereits gemeldet, der Aeltestenrat des Reichstages zusammen, um über den Zusammentritt des Parlaments Beschluß zu fassen. Wie bereits jetzt in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist mit einer Einberufung des Reichstages für etwa den 6. Mai zu rechnen. Mit diesem Termin dürfte sich auch die Reichsregierung einverstanden erklären können, da ihr, wie man in politischen Kreisen erklärt, daran liegen müsse, die nach den Länderwahlen und der allgemeinen innenpolitischen Lage unvermeidliche Parlamentsaussprache mit der ersten Lesung des Etats zu vereinigen. In demokratischen Blättern glaubt man allerdings darauf hinweisen zu sollen, daß ein Zusammentritt des Reichstages am 6. Mai wenig wahrscheinlich sei. Der Etat werde bis dahin noch nicht vom Reichsrat verabschiedet sein können.

Die Rundfunkintendanten und die Reichsregierung

Berlin, 22. April. (Eig. Drahtmeld.) Einem Briefe des Reichsrundfunkkommissars, Staatssekretärs Dr. Bredow, vom 26. Februar 1932 entnimmt die parteioffiziöse „Deutschnationale Korrespondenz", daß der politische Mißbrauch des Rundfunks auf die Initiative der Rundfunkintendanten zurückzuführen sei. In dem an den Reichspostminister Dr. Schätzel gerichteten Briefe heißt es zum Schluß: „Nach meiner Auffassung ist der von seiten der Rundfunkintendanten der Reichsleitung erwiesene Dienst so hoch, daß ich die Bitte aussprechen muß, daß die Reichsregierung und ihre Organe sich nötigenfalls schützend hinter die Rundfunkleiter stellen, und daß auch die immer wieder auftretenden Angriffe wegen der angeblich zu hohen Gehälter von allen zuständigen Stellen zurückgewiesen werden." Dazu bemerkt die Deutschnationale Parteikorrespondenz: „Wir werden so oft gefragt, was man unter System versteht. Hier haben wir ein ganz verständliches Beispiel, was man unter dem System versteht, das wir bekämpfen."

„Deutschland wird nicht mehr zahlen!"

Altona, 22. April. Hier sprach auf einer Kundgebung der Deutschen Staatspartei Reichsfinanzminister Dietrich. Er wandte sich zunächst gegen das Schlagwort: Preußen müsse wieder preußisch werden. Wenn er, Dietrich, heute auch einer der entschlossensten Republikaner geworden sei, so würde er dennoch jeden aus der Partei werfen, der kein Verständnis für die große geschichtliche Vergangenheit unseres Vaterlandes habe. Minister Dietrich erklärte alsdann: **„Das Reich steht heute im Endkampf um die Abrechnung des Krieges. Das Moratorium wird am 1. Juli ablaufen, aber Deutschland wird nach dem 1. Juli nicht mehr zahlen. Wenn ich, der zuständige Finanzminister des Deutschen Reiches, das schon aussprechen darf, ohne daß es zu internationalen Verwicklungen kommt, so kann man das als Beweis dafür ansehen, daß auch den Staatsmännern der anderen Länder die Sachlage ziemlich klar geworden sein muß."**

Eine Erklärung Kleppers

Berlin, 22. April. Finanzminister Klepper hat dem Amtlichen Preußischen Pressedienst eine Erklärung übermittelt, in der es heißt: „Der preußische Finanzminister hat in seiner Rede in Kiel finanzreformerische Maßnahmen als notwendig bezeichnet. Als Grundgedanken hat er hierbei die Tragung der erforderlichen Mittel durch die Gesamtheit derer bezeichnet, die von der Erwerbslosigkeit nicht betroffen sind. Abgesehen davon, daß eine solche Lastenverteilung grundsätzlich bereits heute besteht, und abgesehen davon, daß die Aufwendung der Gemeinden ebenfalls aus dem Steueraufkommen fließen muß, also eine Erhöhung der Steuerlasten in diesem Vorschlage nicht enthalten ist, würde eine solche Reform der Finanzierung der Erwerbslosenfürsorge im Zusammenhang mit der geplanten Verminderung der Erwerbslosigkeit selbst also eine Entlastung der Steuerzahler mit sich bringen. Finanzminister Klepper hat einen Zwischenruf, der die Senkung überhöhter Gehälter fordert, bejahend beantwortet, hat aber die Frage einer Sonderbesteuerung der hohen Gehälter oder der Vermögen überhaupt nicht erwähnt." — Diese reichlich gewundene Erklärung des Ministers dürfte nicht geeignet sein, die beunruhigenden Gerüchte, die auf Grund seiner Kieler Rede entstanden sind, zu zerstreuen. (Siehe Abendausgabe der „Dr. Nachr." vom 22. April.)